Ressort: Gesundheit

Linke: Krankenkassen sollten Kosten für Totenschein übernehmen

Berlin, 19.08.2016, 13:35 Uhr

GDN - Nach dem Willen der Linksfraktion im Bundestag sollen Angehörige nicht länger die Rechnung für die Leichenschau bei verstorbenen Verwandten zahlen. Es sei unzumutbar, Hinterbliebene in einer solchen Ausnahmesituation mit der Kostenfrage zu belasten, sagte der krankenhauspolitische Sprecher Harald Weinberg der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Freitag).

Zudem seien sie kaum in der Lage, die ärztliche Rechnung auf Korrektheit zu überprüfen. Weinberg forderte: "Um das Problem zu beheben, sollten die Kosten für die Todesfeststellung im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen werden." Auf eine Anfrage der Linksfraktion teilte das Bundesgesundheitsministerium mit, eine generelle Kostenübernahme durch die gesetzlichen Krankenkassen sei nicht vorgesehen. Die entsprechenden Leistungen gehörten nicht zu ihren Aufgaben. Weinberg kritisierte das als heuchlerisch. Das Ministerium verwies darauf, dass sich Angehörige bei Fragen zur Rechnung an die jeweiligen Landesgesundheitsämter wenden könnten. Das Amt für Niedersachsen bestätigte, das täglich entsprechende Fragen eingingen. Weinberg kritisierte: "Das bisherige Verfahren ist nicht zielführend und bietet die Möglichkeit zum Abrechnungsbetrug." Stirbt ein Mensch zu Hause müssen die Angehörigen die Kosten für die gesetzlich vorgeschriebene Leichenschau und die Ausstellung des Totenscheins übernehmen. Beim Tod im Krankenhaus ist dies von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich geregelt.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-76809/linke-krankenkassen-sollten-kosten-fuer-totenschein-uebernehmen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619